

Dresdner Volkszeitung

Vollredaktion: Dresden,
Saden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto:
Gedr. Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Landstadt

Zeugungspreis: freibleibend einschließlich Dringerrlohn vom 16. bis 31. August
500 000.— 20. unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000.— M.
Einzelnummer 100 000.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Westerntag 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Westerntag 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Kagepalt. Nonpareilzeitung 200 000.— M., auswärts
240 000.— M., die Kagepalt. Kellamegezeitung 800 000.— M., auswärts 1 000 000.—
Anschlag 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Aufträge Ermäßigung, Familien-
anzieg. Stellen u. Ringelzüge 40 Proz. Rab. Für Brieflieferungen 40 000 M.

Nr. 203

Dresden, Freitag den 31. August 1923

34. Jahrg.

Ein Ende mit Geßler!

Das Ringen um Klarheit in der inneren Machtpolitik der deutschen Republik hat sich jetzt zugespitzt auf die Entscheidung: Geßler oder nicht! Bleibt der Reichswehrminister Geßler, so bedrohen die Reichswehr, die Geheimbünde, der Faschismus und schließlich eine Diktatur auch weiter das gesamte demokratische Volk. Diese Bedrohung ist aber jetzt unerträglich geworden, deshalb muß der politische Kampf gegen Geßler bis zum Erfolge durchgeführt werden.

Die neue Regierung Stresemann hat diesen belasteten Mann in ihr Kabinett aufgenommen, trotzdem die Sozialdemokratie dagegen war. Es ist schwer zu beurteilen, was sich dabei abgespielt hat, da die Vorgänge nicht bekannt sind. Aber gleichviel, wenn auch zunächst Gründe vorgelegt haben mögen, auf dem Ausschneiden Geßlers nicht unter allen Umständen zu bestehen, so ist jetzt die Zeit gekommen, daß Geßlers Rücktritt erfolgen muß. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungskoalition noch verantwortet werden kann, wenn Geßler bleibt. Das muß ausgesprochen werden. Gerade wir in Sachsen haben ein Recht dazu, weil wir als der bedeutsamste sozialistisch verhaltene Staat auch für die Sicherung der deutschen Demokratie die größte Verantwortung fühlen. Die ganze Entwicklung der letzten Zeit ist ein einziger Beweis dafür, daß die Aera Geßler unaufhaltsam zum Verderben führt. Deshalb ist jetzt das entschlossene Ringen dagegen zur Notwendigkeit geworden. Weitere Schritte müssen erfolgen.

Zur Information über die Zustände, in die uns das Geßler-Regiment bereits hineingeführt hat, geben wir hier einen Auszug des Genossen Hans Wloß, des Pressechef der sächsischen Regierung wieder, den er jochen in der Blode veröffentlicht. Der Artikel war noch unter der Regierung Cuno besetzt worden, aber gerade das illustriert so die Gefährlichkeit des ganzen bisherigen Treibens, das die neue Regierung nur durch Beistellung Geßlers abstellen kann. Genosse Wloß schreibt:

Die Differenzen zwischen der Regierung Cuno und der Regierung Geßler haben sich in einem Notenkrieg entladen, der allen Hoffern des sozialistischen Regiments in Sachsen erneuten Anlaß zu Defamationen über die reichs-schädigende Politik der sächsischen Regierung gibt. Das versteht sich und erfordert weiter keine Beachtung. Aber der Umstand, daß es im sozialistischen Lager selber Kreise gibt, die das Vorgehen der sächsischen Regierung mit zweiseitigen Bildern betrachten, rechtfertigt den Versuch, den Laienbestand möglichst knapp und bestimmt herauszuarbeiten.

Wir brauchen uns nicht mit der Untersuchung aufzuhalten, wer das Karnickel ist, das angefangen hat. Wenn es darauf ankäme, so könnte sich Cuno auf die Niederplaniger Rede des sächsischen Ministerpräsidenten berufen, in der dieser seine bekannten Warnungen vor der Politik ausgesprochen hat, die uns mit noch weniger Voraussicht und Weitblick als das wilhelminische System in Weltkrieg und gescheiterte Niederlage, in das Ruhrabenteuer, in die Gefahr der Reichs-zerstückung, in die Hungersnot und an den Rand des Bürgerkrieges geführt haben. Wesentlich ist nur, was Cuno darauf zu sagen hat. Er hat jedoch nichts gesagt, sondern er hat sich damit begnügt, die sozialistischen Regierungen Sachsens und Thüringens in der üblen Sprache des Diplomaten alter Schule, die die Zweideutigkeit als erstes Erfordernis in Staatsaffären betrachtet, als bedenkliche Elemente zu kennzeichnen, die unter Polizeiaufsicht gestellt werden müssen. Darauf hat die sächsische Regierung in einer Note geantwortet, die jede Zweideutigkeit verdrängt — sie hat laut und scharf gefragt, was die Reichsregierung mit ihren Fingerzeigen auf Sachsen und Thüringen sagen will. Berlin zögerte eine Weile und kam dann mit der lebentötlichen Ausrede, die nicht einmal einen Papiertoler wert ist, es sei die besondere Aufmerksamkeit des Reichs von Sachsen selber provoziert worden, denn Oberst Schilling (in der Blode) und Dr. Zeigner hätten ja von der Gefahr des Bürgerkrieges gesprochen. Die sächsische Regierung hat auf dies einigermaßen verwunderlich zu nennende Mandat, den Warner als den Verdächtigsten hinzustellen, mit einem Schreiben von erschütternder Offenheit geantwortet, das die ausweichende Berliner Regierung mit einigen Tatsachen konfrontiert, die auf die Quellen der Bürgerkriegsgefahr hinweisen. Berlin schweigt seitdem — es ist auch ohne besonderes Interesse, ob die Amtszeit der Regierung Cuno noch so lange dauern wird, daß sie neben andern Taten auch noch eine neue Note an Sachsen zustande bringt, die einer klaren Antwort ebenso vorsichtig und mit ebenso erbarmungswürdigen Versuchen zur Umdeutung des Spieges aus dem Wege geht, wie die erste. Doch sie nicht auf das eingehen würde, was den Kern der Sache ausmacht, das steht allemal fest. Die Gefahr für das Reich wird ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß diese Reichsregierung über gewisse Dinge nicht reden will und daß sie allen Grund dazu hat.

Der sächsische Ministerpräsident hat nicht gewartet, bis die Reichsregierung wieder einmal nichts zur Sache gesagt hat, sondern er hat das, was er in der Note vorerst nur andeutete, in einer Rede in Leipzig, wo die Parteigenossen keine Auffassung über die politische Lage und das, was daraus für die Partei zu folgern ist, zu hören verlangten, durch eine Reihe von Tatsachen mehr substantiiert, die für die Be-

urteilung seiner Warnungen von der größten Bedeutung sind. Die Note spricht von beunruhigenden Erscheinungen, die dem sächsischen Ministerpräsidenten (und auch den Vertretern anderer Landesregierungen) mehrfach Anlaß zu ersten Vorstellungen bei der Reichsregierung gegeben haben. Die Weipziger Rede liefert die Belege dazu. Sie verweist auf die Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen, auf große Waffenlager, die diesen zur Verfügung stehen. Diese Organisationen sind für den Krieg im Innern, nicht gegen die Entente geschaffen — in Bayern, wo diese Organisationen ganz offen, mit Kenntnis und dem Einverständnis der Behörde arbeiten, hat die Technische Rothilfe Lanks gebaut, die lediglich für den Straßenkampf bestimmt und verwendbar sind. Diese Geheimorganisationen sind durch die Landesregierungen nicht zu fassen — alle Vorhöfe einzelner Landesregierungen, der Polizei und Justizbehörden verließen im Sande, weil diese Geheimbünde, die von der Großindustrie und der Landwirtschaft finanziert werden, erklären konnten: „Wir handeln im Einverständnis mit der Reichsregierung.“ Genosse Dr. Zeigner belegt diese Behauptung mit einigen konkreten Fällen. Der Dynamitattentäter Heinz Hauenstein wurde, obgleich die Justizbehörde das zunächst für unglücklich hielt, auf Berliner Befehl aus der Haft entlassen. Sein Verteidiger hatte in seiner Beschwerde erklärt, die Verhaftung sei ein Rechtsbruch. Zeugen, deren Vernehmung er gefordert hatte, wurden nicht vernommen. Ebensovien kam es zur Vernehmung der Zeugen Cuno, von Seedt und Lubendorf, die vor dem Staatsgerichtshof von der Deutschösterreichischen Freireiheitspartei in ihrem Verjährungsverfahren gegen das Verbot, das in Preußen, Sachsen und Thüringen gegen sie erging, sehr dringlich beantragt wurde. Und als Rohbach, der seine Entlassung mit der Begründung verlangte, für das, was er getan, sei die Reichsregierung mitverantwortlich, sie sei von allein unterrichtet gewesen, sich zum Beweise ebenfalls auf das Zeugnis Cunos, v. Seedts und Lubendorfs berief, wurden diese drei Herren wieder nicht zur zugehörigen Vernehmung bemüht. Ganz die gleiche Behauptung wie Rohbach haben die Vertreter der Deutschösterreichischen Freireiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof aufgestellt: die Regierung habe mit ihr und andern Geheimorganisationen eine schwarze Armee aufstellen wollen. Es bestrebt dafür ein gemeinsamer Organisationsplan. Der Oberreichsanwalt Dr. Obermayer soll angesichts dieser Tatsachen dem Reichsjustizminister erklärt haben, daß er die rechtliche, politische und moralische Verantwortung für diese Dinge ablehne. Auch das hat nichts genützt. In einer Besprechung, so erklärt Dr. Zeigner, ist klar und klar gesagt worden, daß um das Ruhrgebiet herum Ab-

teilungen der Geheimorganisationen zusammengezogen werden seien, die von der Reichswehr organisiert und aus den Ruhrkrediten finanziert würden. Aus diesen Tatsachen erklärt es sich, daß die Reichsregierung — erst nach langem Drängen — eine so lahme Erklärung gegen die Sabotageakte abgegeben hat.

Das sind die Tatsachen, die Genosse Dr. Zeigner angeführt hat. Es mag offen bleiben, ob es unpolitische, naive Köpfe gibt, die an die Fiktion glauben, daß diese Rüstungen gegen die Entente bestimmt seien. Der Politiker muß sich jedenfalls daran halten, daß die eigentlichen Drahtzieher jederzeit bereit sein werden, die schwarze Armee gegen den inneren Feind, gegen die Arbeiterklasse, marschieren zu lassen, daß ihnen dieses Ziel mindestens ebenso am Herzen liegt wie ein Machkrieg gegen Westen. Wenn ihnen das Ausmaß des letzteren Unternehmens nicht überhaupt schon klar geworden ist, die Gefahr für das Reich, das Verhängnisvolle einer solchen GeheimrüstungsPolitik ist übrigens in einem wie in dem andern Falle gleich groß.

Der sächsische Ministerpräsident hat in seiner Weipziger Rede klar und fest die Schlussfolgerung gezogen, daß alle jene Kreise, die die eigentlichen Macher in diesen Dingen sind, den Plan haben, die Massen müssen zur Verzweiflung, auf die Straße getrieben werden, damit ein Anlaß gegeben ist, um die Arbeiterbewegung niederzuschlagen und die Republik zu zerstören.

Das ist der Kern des Roten Krieges Berlin-Dresden. Davon hat die Auseinandersetzung ihren Ausgang genommen. Nebenfalls ist die Frage, wie der Gefahr des Bürgerkrieges zu begegnen ist, eine äußerst brennende, und jeder wird verstehen, weshalb der sächsische Ministerpräsident sie in dem Vordergrund seiner Ausführungen gerückt hat. Die Sozialdemokratische Partei muß diese Warnung auf das ernsthaft erwägen.

Rohbach „unschuldig“?

Berlin, 30. August. Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren gegen Rohbach in der Angelegenheit des sogenannten „Reichswehr-Blogs Rohbach“ eingestellt, da sich eine Beteiligung Rohbachs an dieser Fälschung nicht hat nachweisen lassen.

Wenn das zuträfe, so kann man nur sagen, daß die deutsche Justiz dauernd unfähig bleibt, die Republik gegen ihre Verchwörer zu schützen. Für die Beteiligung Rohbachs an der Fälschung sprechen unzählige Beweise, das ist nicht nur in der Presse mitgeteilt worden, sondern auch in Reichstags-tag wiederholt werden. Nach andern Berliner Meldungen sei das Verfahren gegen Rohbach nur wegen Fälschung an den Tag der Urteile zurückgestellt worden, die andern Verurteilten wegen Geheimbündelei Rohbachs gingen weiter. Es ist höchste Zeit, daß hinter die jekelhaften Vorgänge getreten wird, da sie eng mit der gesamten Reichspolitik zusammenhängen.

Zuspitzung der Marktkatastrophe

Die Marktkatastrophe hat sich gewaltig verschärft. Der Dollar ist auf nahezu 12 Millionen gestiegen. Bei dem Markkurs der letzten Tage waren zunächst die deutschen Wärsen führend gewesen. Der Dollar war in Deutschland mehr wert, als es dem Kurs der Mark an den ausländischen Börsen, besonders New York, entsprach. Dann aber hat New York den Markkurs sehr stark herabgesetzt. Vorgezogen hatte der Dollarkurs in New York einen Stand von 10 Millionen erreicht und daraufhin ist er in Berlin bis auf nahezu 12 Millionen gestiegen. Die verhängnisvoll die neueste Markentwertung für unsere Wirtschaft ist, braucht kaum näher ausgeführt zu werden. Uns droht nicht nur eine Verschärfung der Teuerung. Auch der Mangel an Betriebskapital wird bei diesen Unternehmungen noch drüben werden und die Reichsbank wird noch größere Schwierigkeiten haben, die Zahlungsmittelnot zu beseitigen.

Wahrscheinlich haben die Meldungen über die kolossale Vermehrung des Papiergeldumsatzes und der Reichsschuld sehr stark zur Herabsetzung des Markkurses beigetragen. Man hatte sich wohl an manchen Stellen übertriebene Hoffnungen auf die Wirkung der neuen Steuerpolitik gemacht. Dabei war es von vornherein klar, daß die neue Steuerpolitik nicht sofort die Notenpresse abstoppen konnte. Die große Zahlungsmittelnot, unter der wir litten, zeigte, daß wir gemessen an den Preisstand, nicht zu viel, sondern zu wenig Zahlungsmittel hatten. Am Anfang dieses Jahres belief sich der Dollarkurs auf ungefähr 7000 und der Notenumlauf auf rund 1300 Milliarden Mark. Ende Juli war der Notenumlauf auf rund 45 000 Milliarden Mark gestiegen, der Dollar aber auf 1 Million. Die Mark war auf den 143. Teil ihres Anfangsjahreswertes gefallen, während der Notenumlauf in derselben Zeit noch nicht einmal den 35fachen Betrag erreicht hatte. Die Notenpresse war also im Rückstand und wenn die Menge der Umlaufmittel bei den nun einmal gewohnten Preisen nicht ausreicht, so muß unbedingt neues Papiergeld auf irgendeinem Wege in die Volkswirtschaft gebracht werden, sonst besteht die Gefahr, daß der Blutkreislauf der Wirtschaft unterbrochen wird. An dieser Notwendigkeit können auch noch so hohe Steuern nichts ändern.

Wenn es nicht gelingt, den Kurs des Dollars herabzusetzen oder zu halten, so ist eine Steigerung der Zinstaxen nicht zu umgehen.

Ruin sollten allerdings die Steuermaßnahmen der Re-

gierung dazu führen, daß Devisen in größeren Mengen auf den Markt geworfen werden und so das Devisenangebot erhöht würde. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Im Gegenteil, das Angebot von Devisen bleibt weit hinter der Nachfrage zurück und nur ein kleiner Teil des Devisenbedarfs konnte befriedigt werden. Die Wirkung der neuesten Notverordnungen, die der Regierung einen Devisenkonkurs verschaffen soll, kann sich natürlich noch nicht zeigen, da die Devisen auf Grund dieser Verordnung erst in den nächsten Tagen abgesehen werden müssen. Wahrscheinlich hat sogar die Notverordnung zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Devisen geführt, weil viele sich die Devisen zu kaufen suchten, die sie auf Grund der Verordnung abzuliefern haben.

Besonders verschärft — und das ist vielleicht das Bedenklichste — ist unsere Lage dadurch, daß infolge des allgemeinen Uebergangs zur sogenannten Goldrechnung wir mit unseren Preisen vielfach über Weltmarkthöhe hinausgekommen sind und infolgedessen der Export erschwert wird. Das bedeutet natürlich, daß sich das Angebot von Devisen verringern muß, während auf der andern Seite die Nachfrage von Auslandsprodukten, insbesondere von englischer Kohle, gegenüber den entsprechenden deutschen Erzeugnissen ein solches Einbedarfsbedürfnis für Auslandsprodukte hervorruft, wodurch wieder die Devisennachfrage steigt. Leider sind auch bisher die Verhältnisse bei der Reichsbank noch nicht bereinigt und es scheint so, daß die Kreditpolitik der Reichsbank immer noch gewissen Schwächen die Mängelhaftigkeit bietet, auf den Warenmärkten und im Devisenverkehr als Käufer aufzutreten, so daß dadurch das Ziel der Steuerpolitik, die Devisen, Wertpapier- und Warenkäufer zu verkaufen zu zwingen, durchkreuzt wird. Wie das Berliner Tageblatt feststellt, geht die stärkste Kaufkraft auf den Effekten- und Devisenmarkt vom besetzten Gebiet aus. Es sei zwar richtig, daß die Berliner Zentralbehörden keine Abzählung halten, die Markverkäufe, die an Rhein und Ruhr fließen Teil durch Vermittlung ausländischer Banken vollziehen, einer wirksamen Kontrolle zu unterwerfen. Aber der Verbot der stärksten Käufer immer mehr, daß die Kreditpolitik, die im besetzten Gebiet so große Anschaffungen ermöglachte, noch nicht in Ordnung sein könnte. Die Verordnung der letzten Tage setzen von neuem, wie notwendig es ist, daß in der Leistung der Reichsbank ein Wechsel eintritt. Geht es nicht, so werden, daß der Dollar immer wieder steigt, so kann die ganze Steuer-